



Familien wirksam unterstützen und Betreuungsqualität verbessern

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, dass kein Kind in Deutschland in Armut aufwachsen muss. Wir fordern bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder und Jugendliche in der Grundsicherung, die neben der materiellen Sicherung auch soziale und kulturelle Beteiligung ermöglichen. Ungerechtigkeiten im System der Familienförderung, etwa durch die ungleiche Förderung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, müssen beendet werden. Leistungen für Familien müssen einfach zugänglich sein.

Wir befürworten den weiteren Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung. Frühkindliche Bildung muss allen Kindern, auch geflüchteten Kindern, zugänglich gemacht werden. Kindertageseinrichtungen sind ein wichtiges Werkzeug für die Sprach- und Wertevermittlung und zur sozialen und kulturellen Integration in die Gesellschaft. Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote sollten weitgehend kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Die gestiegenen Anforderungen an Erziehungsberufe müssen sich in der besseren Bezahlung der Fachkräfte sowie der gesellschaftlichen Anerkennung widerspiegeln. Eine gut ausgebaute Infrastruktur ermöglicht, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren sowie eine eigenständige Erwerbssicherung für beide Partner.

Eltern sind in ihrer Erziehungsverantwortung und ihrer Erziehungskompetenz zu stärken. Wir sprechen uns deutlich gegen ein Absenken der Standards in der Kinder- und Jugendhilfe aus. Kostendruck darf nicht dazu führen, dass Familien auf unmittelbare Hilfen und Förderangebote verzichten müssen.

Gesundheit und Pflege solidarisch sichern

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen, Wohnort und Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung bekommen. Im Fokus steht die qualitativ hochwertige, wohnortnahe und bedarfsgerechte Versorgung. Vor allem fordern wir die solidarische und gerechte Finanzierung: Dazu gehören zwingend die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung bei Kranken- und Pflegeversicherung, der Wegfall der Zusatzbeiträge für die Krankenversicherten, der Solidarausgleich der privaten Versicherung, das Anheben der Versicherungspflichtgrenze und die Einführung der Bürgerversicherung.

Bei der Pflege hängt die Attraktivität des Berufs stark vom Arbeitsumfeld und der Entlohnung ab. Die Kommunen müssen bei der Pflegeberatung besser berücksichtigt werden. Sie brauchen mehr Steuerungshoheit und finanzielle Spielräume. Die Volkssolidarität will die gesellschaftliche Teilhabe pflegebedürftiger Menschen und fordert die Aufwertung des Pflegeberufes sowie bessere Arbeitsbedingungen: Dazu gehören die Umsetzung des Grundsatzes »Reha vor Pflege«, eine Pflegevollversicherung sowie eine Stärkung der Verhandlungsposition gegenüber den Kranken- und Pflegekassen.

Demokratie stärken – Engagement fördern

Die Volkssolidarität setzt sich für mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte aller Menschen ein. Die Zivilgesellschaft ist eine zentrale Ressource für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Um freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu stärken, ist es gerade im ländlichen Bereich notwendig, verlässliche Strukturen zu erhalten und neu zu schaffen. Vor allem Ältere sind auf Orte der Begegnung

angewiesen, die sozialer Isolation entgegenwirken. Es bedarf kommunaler und regionaler Konzepte der refinanzierten Mobilitätsunterstützung im ländlichen Raum. Die Seniorenarbeit ist als gesetzliche Pflichtaufgabe in den Kommunen festzuschreiben, damit Ältere mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Die Bundesregierung muss künftig zivilgesellschaftliches Engagement stärker mit Förderprogrammen unterstützen, damit Länder und Kommunen dieser wichtigen Aufgabe nachkommen können.

Für eine gemeinsame Zukunft

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung solidarisch unterstützt und als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft behandelt werden. Menschen, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, sind ein Teil unserer Gesellschaft. Geflüchteten und Asylsuchenden ist Schutz vor rassistischen Übergriffen zu gewähren. Für Antisemitismus und Rassismus darf es keine Toleranz geben.

Der Zugang für geflüchtete Menschen zu regulärer Beschäftigung ist zu vereinfachen, damit diese ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten dürfen nicht nur Menschen mit »guter Bleibeperspektive« offenstehen. Weiter bedarf es einer Entbürokratisierung der Asylverfahren sowie eines verbesserten Familiennachzugs. Integrations- und Sprachkurse sowie Frauenkurse müssen stärker gefördert werden, da sie Grundlage für eine gelingende gesellschaftliche Teilhabe sind.

Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Alte Schönhauser Straße 16
10119 Berlin
Telefon: 030/27 89 70
Fax: 030/27 59 39 59

bundesverband@volkssolidaritaet.de
www.volkssolidaritaet.de



Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit

VOLKSSOLIDARITÄT

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit

Positionen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2017

Die Volkssolidarität ist ein Sozial- und Wohlfahrtsverband mit rund 170 000 Mitgliedern und etwa 18 000 Beschäftigten. Wir erheben unsere Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft.

- Wir bekennen uns zu den humanistischen und demokratischen Werten des Grundgesetzes und setzen uns entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit, Menschenhass und Gewalt ein.
- Solidarität ist Leitprinzip unseres Handelns und Basis einer humanistischen Gesellschaft. Als Mitgliederverband leben wir das solidarische Miteinander und aktive Fürsorge vor Ort.
- Wir verfolgen die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik kritisch und formulieren unsere Forderungen zur Stärkung des Sozialstaats und zum Erhalt der sozialen Sicherungs- und Leistungssysteme.
- Das Engagement der Mitglieder und die Arbeit der sozialen Dienste der Volkssolidarität sind auf das Wohl der Menschen und ihre vielfältigen sozialen Bedürfnisse ausgerichtet. So leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag, um die Lebensqualität vieler Menschen zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken.

Mit den folgenden Positionen formuliert die Volkssolidarität ihre Vorstellungen an die Politik in der kommenden Legislaturperiode.

Reichtum verteilen – Sozialstaat stärken

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, die Umverteilung von unten nach oben zu beenden. Der Sozialstaat muss allen Menschen gleiche Chancen eröffnen und der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken. Das Sparen an öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Infrastruktur verschärft die soziale Ungleichheit. Wir fordern eine gerechte Steuerpolitik und ein auf das Gemeinwohl ausgerichtetes sozialstaatliches

Handeln. Große Vermögen und hohe Einkommen müssen stärker an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden. Internationale Finanzspekulationen sind z. B. durch eine Finanztransaktionssteuer einzudämmen.

Notwendig ist eine Reform der Kommunalfinanzen, die es allen Städten und Gemeinden ermöglicht, die öffentliche Daseinsvorsorge in ausreichender Qualität und dauerhaft zu erfüllen.

Gute Arbeit statt arm trotz Arbeit

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt für die Beschäftigten positiv zu gestalten. Flexibilisierung und Digitalisierung dürfen nicht zu sozialer Entsicherung führen. Vielmehr müssen neue Beschäftigungspotentiale eröffnet werden.

Seit Langem wenden wir uns gegen eine Etablierung des Niedriglohnsektors. Wir treten für sozialversicherungspflichtige, gut bezahlte und qualifizierte Arbeit ein. In strukturschwachen Regionen bedarf es mehr öffentlich geförderter und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, um Langzeitarbeitslosen und Älteren Perspektiven zu eröffnen. Für dauerhaft engagierte, zufriedene und gesunde Beschäftigte braucht es Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und eine wertschätzende Arbeits- und Führungskultur.

Der gesetzliche Mindestlohn verringerte den Lohnrückstand Ost und stärkte die Tarifbindung in Ostdeutschland. Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, müssen Mindestlohn und Tarifbindung weiter erhöht



werden. Tarifverträge sind ein Garant für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen und wirken Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung entgegen.

Die Gleichberechtigung von Frauen ist trotz erreichter Fortschritte noch lange nicht vollzogen. Frauen verdienen weniger und arbeiten häufiger in Teilzeit. Neben der Bekämpfung von strukturellen Ungleichheiten ist es notwendig, die Arbeitswelt prinzipiell neu zu organisieren. Mehr Arbeitszeitsouveränität und ein ausgewogeneres Verhältnis von Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen sind wichtige Schritte zur Gleichstellung der Geschlechter.

Leistungen der Grundsicherung müssen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und soziale Ausgrenzung verhindern, denn die derzeitige Berechnungsgrundlage bildet die tatsächlichen Bedarfe der Menschen nicht ab.

In Würde altern – für eine Rente, die den Lebensstandard sichert

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, den im Arbeitsleben erworbenen Lebensstandard auch im Alter abzusichern. Die gesetzliche Rente darf nicht zu einem Ruhestand führen, der sozialen Abstieg oder ein Leben in Armut bedeutet. Die gesetzliche Rente ist als zentrale Säule der Alterssicherung zu stärken und die weitere Absenkung des Rentenniveaus ist zu stoppen. Wir fordern ein Niveau von 53 Prozent, damit der Lebensstandard im Alter nicht drastisch sinkt und die gesetzliche Rente auch für Jüngere attraktiv bleibt. Bieten eigene Beiträge keine zuverlässige Absicherung fürs Alter, wird der Generationenvertrag zu Fall gebracht.

Daher ist die gesetzliche Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen, die auch Selbständige, Beamte und Abgeordnete in den Parlamenten einbezieht. Für eine bessere soziale Absicherung von Langzeitarbeitslosen im Alter müssen wieder Beiträge entrichtet werden.

Die Volkssolidarität setzt sich für eine solide und gerechtere Finanzierung der Alterssicherung ein. Aufgaben von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung müssen nachhaltig durch Steuermittel des Bundes finanziert werden. Moderate Anhebungen des Beitragsatzes und der Beitragsbemessungsgrenze führen zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Rentensystem.



Wir fordern eine bessere Alterssicherung von Erwerbsgeminderten, Niedrigverdienern und Langzeitarbeitslosen. Die Erwerbsminderungsrenten müssen erhöht und die Abschläge gestrichen werden. Die Gefahr der Altersarmut von Niedrigverdienern ist durch eine Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten abzufangen. Für die vor 1992 geborenen Kinder ist auch der dritte Entgeltpunkt zu gewähren. Wir fordern, künftig auch Rentnerinnen und Rentner für die Pflege von Angehörigen einen zusätzlichen Rentenanspruch zu gewähren.

Deutsche Einheit bedeutet auch soziale Einheit

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, die immer noch bestehende Ungleichheit in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West schneller abzubauen.

Die ostdeutschen Länder hinken bei Wirtschaftskraft und Lebensverhältnissen immer noch hinterher. Eine anhaltende Vernachlässigung der im Grundgesetz verankerten Pflicht zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist für uns nicht hinnehmbar. Ein Problem ist die kleinteilige ostdeutsche Wirtschaft. Nötig ist eine gezielte Strukturpolitik, damit die Regionen Entwicklungschancen erhalten und hohe Erwerbslosigkeit, niedrige Löhne und Abwanderung gestoppt werden. Die Volkssolidarität unterstützt angesichts des demografischen Wandels, des Bevölkerungsrückgangs und des Fachkräftemangels Bemühungen, den ländlichen Raum zu stärken.